

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 20. Und 21.03.2024

Zur 29. Sitzungsperiode des Landtages standen 28 Themen auf der Tagesordnung, zu denen am 20. und 21. März debattiert und abgestimmt wurde.

#aktuell debattiert

Schuldenbremse reformieren – für Zukunftsinvestitionen und sozialen Ausgleich

Der wirtschaftliche und soziale Stillstand und die ausbleibende Erholung nach der Corona-Pandemie führen dazu, dass die Akzeptanz des politischen Systems sinkt und seine demokratischen Grundwerte zunehmend infrage gestellt werden. Um den notwendigen Transformationen gerecht zu werden und die daraus resultierenden sozialen Belastungen auszugleichen, ist eine substanzielle Reform der Schuldenbremse unabdingbar. Dazu gibt es eine Vielzahl von Positionierungen, auch des Ministerpräsidenten, die politische Konsequenzen haben müssen. Vor diesem Hintergrund hat die Fraktion Die Linke eine aktuelle Debatte beantragt und einen Antrag (Drs. 8/3880) formuliert.

Obwohl die Fraktion Die Linke grundsätzlich für die Aufhebung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen zur Schuldenbremse eintritt, beschränkt sich der vorliegende Antrag auf die Umsetzung der Vorschläge des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zur Reform der Schuldenbremse. Der aktuelle Investitionsstau sowohl in Infrastruktur als auch in Bildung und Entwicklung und die daraus resultierende Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung und zunehmender sozialer Spannungen führen dazu, dass ehemals entschiedene Befürworter einer radikalen Schuldenbremse ihre Position deutlich revidieren.

Der wirtschaftspolitische Sprecher **Wulf Gallert** betonte in seiner Rede: „Es geht uns heute bei dieser Aktuellen Debatte dezidiert nicht nur um eine finanzpolitische Diskussion, sondern vor allen Dingen um eine Debatte darüber, warum wir als Bundesrepublik Deutschland zurzeit einen so miserablen Auftritt haben, was die wirtschaftliche Entwicklung angeht.“ Für die schwierige Situation machte er unter anderem fünf Themen als Ursache aus: die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, die Abhängigkeit vom Exportüberschuss, den riesigen Investitionsstau in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Forschung, das Verschlafen von Transformation und Digitalisierung sowie die absolute Konzeptionslosigkeit im Umgang mit dem demografischen Wandel. Das habe verschiedene Facetten. „Wir haben zum einen das absehbar vollkommene Desaster bei der Kindergrundsicherung und dem daraus resultierenden großen Armutsrisiko im Bereich der Kinder. Wir haben eine vollkommen desaströse Einwanderungspolitik.“

Einer der zentralen Gründe, warum wir in diesen Bereichen, vor allen Dingen bei der Transformation und bei Investitionen in die Infrastruktur, Schwierigkeiten haben, seien fehlende öffentliche Mittel aufgrund erstens einer falschen Steuerpolitik. Gleichzeitig haben wir eine Schuldenbremse. Diese Schuldenbremse verhindere, dass wir vernünftige Infrastrukturmaßnahmen, vernünftige Transformationsmaßnahmen durchführen können, und die verhindere, dass wir mit unserer wirtschaftlichen Entwicklung endlich wieder aus dem Knick kommen.

Der Antrag wurde in den Finanzausschuss überwiesen.

Reformen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk endlich umsetzen

Stefan Gebhardt, medienpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke, sagte in der Aktuellen Debatte um die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Landtag: „Seit Jahren gibt es in regelmäßigen Abständen aufgeregte Debatten um Beitragsdebatten, wenn es um Erhöhungen im Cent-Bereich geht. Ich würde mir wünschen, dass Debatten mit so einer Vehemenz mal geführt

werden, wenn es beispielsweise um Kitabeträge geht oder um kostenfreie Bildung oder kostenfreies Schulesen. Da ist es immer erstaunlich ruhig in der CDU-Fraktion.

Die CDU hat Recht, wenn sie sagt, wir haben sinkende Werte, was das Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk betrifft und die Bereitschaft, dafür jeden Monat über 18 Euro zu bezahlen. Vor allem haben zahlreiche Skandale die rückblickende Zeit beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk geprägt. Dennoch sage ich klar und deutlich: Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist für eine Demokratie unerlässlich. Er soll die Rundfunkfreiheit, die Medien- und Pressefreiheit garantieren. Er soll staatsfern und Marktunabhängig sein. Und unterliegt einem klaren gesetzlichen Auftrag.

Wie nun weiter in der aktuellen Beitragsdebatte? Die Erfahrungen vom letzten Mal sollten doch allen eine Lehre sein. Außer Getöse und noch mehr Kosten für die Allgemeinheit kam hierbei nichts heraus. Was also tun, wenn man es wirklich ernst meint, mit einem ausfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk und der Verhinderung einer Beitragserhöhung?

Das Gebot der Staatsferne muss sich aber nicht nur in der Finanzierung und Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks widerspiegeln, sondern auch im Programm. Was eben nicht geht, ist dass sich im MDR bei den politischen Formaten die Koalitionspartner gegenseitig die Klinke in die Hand geben und der Ministerpräsident quasi eine Dauerwerbesendung bekommt. Solche programmlichen Entscheidungen sind Wasser auf die Mühlen von denen, die vom Regierungs- bzw.- Staatsrundfunk sprechen. Wenn es nicht endlich gelingt, Reformen nicht nur anzukündigen oder von anderen Anstalten einzufordern, dann wird das alles nichts.

Wir haben vorgeschlagen, eine ostdeutsche Anstalt zu gründen und damit eine starke Stimme im Osten zu haben.“

Für eine moderne Cannabispolitik

Das neue Cannabisgesetz der Bundesregierung wolle, so die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die negativen Folgen der aktuellen Verbotspolitik verringern (Schwarzmarkt, Kriminalisierung von Kleinkonsumenten, Arbeitsbelastung der Justiz). In einer aktuellen Debatte will die Fraktion dafür werben, das Cannabisgesetz auch im Bundesrat zu beschließen, um die Handlungsfreiheit mündiger Bürgerinnen und Bürger zu stärken, indem Besitz, Anbau und Erwerb von Cannabis innerhalb klar definierter und reglementierter Vorgaben erlaubt würde.

Nicole Anger, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, führte in der Landtagsdebatte um die Legalisierung von Cannabis aus: „Die Verbotspolitik der letzten Jahre hat gezeigt, dass dies nicht dazu führt, Menschen vom Konsum von Cannabis abzubringen. Das Verbot von Cannabis führte nicht dazu, dass nicht konsumiert wird. Die Verbotspolitik hat dazu geführt, dass auch der Schwarzmarkt stetig anwachsen konnte. Außerdem wurden durch die bisherige Gesetzeslage viele Personen kriminalisiert, weil der THC-Wert auch noch Tage und Wochen im Blut nachweisbar ist, obwohl die rauschende Wirkung längst nicht mehr vorhanden ist. Dann setzen langwierige Verfahren ein, es folgen Fahrverbote bis hin zu Jobverlusten.

Cannabis-Konsum muss bewusst und achtsam erfolgen. Das gelingt nur mit Aufklärung und Prävention. Die Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken markiert im Bereich der Gesundheits- und Drogenpolitik einen langersehten Bruch mit der althergebrachten Verbotspolitik der Vorgänger-Regierungen. Als Linke begrüßen den längst überfälligen Schritt, der Weg führt von einer Politik der Bevormundung und Drangsalierung und hin zu einer gesundheitsschutzorientierten Freigabe von Cannabis an Volljährige.

Die Bundesregierung versäumt es, eine umfassende Entkriminalisierung zu schaffen. Eine zu repressive Gesetzgebung birgt das Risiko, dass alte Probleme der Prohibition fortbestehen bzw. gesetzte Ziele verfehlt werden. Aber noch unverständlicher ist es, dass einige Länder nun über den Bundesrat noch gegen das Inkrafttreten vorgehen wollen. Da kann man sich ja fast freuen, dass

manche SPD-Vertreter:innen wie auch die Gesundheitsministerin dieses Landes nur eine Verschiebung des beschlossenen Gesetzes um sechs Monate fordern. Aber was bitte soll denn in sechs Monaten anders sein?

Dass das durch den Bundestag beschlossene Gesetz ein richtiger Schritt ist, zeigt sich deutlich am Widerstand der Konservativen. So viel Eifer und so einen lauten Aufschrei würde ich mir von Ihnen bei vielen anderen Themen auch wünschen. Zum Beispiel bei Themen wie Alkohol ab 16 Jahren oder gar beim Thema betreutes Trinken ab 14 Jahren, bei der Anzahl der Kinder, die in Armut aufwachsen – jedes vierte Kind in Sachsen-Anhalt – oder auch beim Thema Bundeswehr in Schule. Das gefährdet das Wohl der Kinder und Jugendlichen. Hier müssen Sie endlich ebenso mal auf die Einhaltung des Kinder- und Jugendschutzes beharren und die Kinderrechte ernstnehmen! Kinder- und Jugendschutz ist nichts, was man mal eben aus der Kiste holt, wenn es einem gerade politisch passt!

Die Kritik am Gesetz der Innen- und Justizminister:innen, auch aus Sachsen-Anhalt, ist an der Stelle selbstgemachtes Leid. Ein Gesetz, welches einen immensen bürokratischen Aufwand beinhaltet. Die Zeit ist reif für eine umfassende Liberalisierung statt einer bürokratischen Entkriminalisierung. Das aktuelle Cannabisgesetz ist deutlich hinter unseren Erwartungen. Die hohen Hürden spielen dem Schwarzmarkt in die Hände. Hier muss dringend nachgebessert werden!

Gesundheits- und Jugendschutz haben für uns Priorität. Strafverfolgung gehört eingesetzt, wo Dealer an Minderjährige verkaufen. Wir brauchen flächendeckende Aufklärungs-, Präventions- und Therapieangebote sowie eine Forschungsförderung der gesundheitlichen Folgen von Cannabis. Finanziert aus den dafür zweckgebundenen Steuereinnahmen. Eine anständige Prävention schützt Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene – und zwar vor allem vor dem Dreck auf dem Schwarzmarkt. Denn das schadet der Gesundheit! Jetzt gilt es, Dampf zu machen und das Gesetz zum 1. April in Kraft treten lassen!“

#Antirassismus

Rassismus bekämpfen – Betroffene schützen – Willkommensgipfel einberufen

Bundesweit melden Opferberatungsstellen einen massiven Anstieg rassistischer Straf- und Gewalttaten, Beleidigungen und Übergriffe auf tatsächliche oder vermeintliche Migrant:innen, Geflüchtete und Asylsuchende. Bereits im letzten Jahr wies die Jahresbilanz der Mobilen Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Sachsen-Anhalt auf die besorgniserregende Situation hin.

Es gibt Gesprächs- und Netzwerkformate auf Landesebene, deren Expertise und Vorschläge künftig stärker als bisher in politische Entscheidungen und konkrete Maßnahmen überführt werden sollen, so der Antrag der Fraktion Die Linke (Drs. 8/3879). Eine Vielzahl von Studien aus dem Bereich Migrationsforschung, aber auch aus dem Bereich der Einstellungsuntersuchungen verweisen zudem auf dringend nötige Maßnahmen der interkulturellen Öffnung, der Vereinfachung und Beschleunigung der Arbeitsweise von Ämtern und Behörden und zur Bekämpfung von gesellschaftlichem Rassismus als Voraussetzung für gelingende Zuwanderung auch und insbesondere von Arbeits- und Fachkräften. Sachsen-Anhalt wird bis zum Jahr 2030 einen massiven Bedarf an Arbeitskräften haben, der nur dann zu bewältigen sein wird, wenn deutlich mehr Menschen nach Sachsen-Anhalt zuwandern. Die IHK Magdeburg hat zahlreiche Maßnahmen aufgelistet, die aus ihrer Sicht notwendig wären, um Sachsen-Anhalt für Zuwanderung fit zu machen.

Henriette Quade, innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, betonte in der Landtagsdebatte um Bekämpfung von Rassismus: „In Sachsen-Anhalt leben im Bundesvergleich besonders wenige Migrant:innen – aber sie erleben besonders häufig rassistische Angriffe. Jede Bedrohung von Menschen durch Rassismus, Antisemitismus oder andere Motive der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit verletzt die Grundlagen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens.“

Unabhängig davon, ob die Betroffenen den Erwartungshaltungen an Integrationsleistungen entsprechen oder nicht, welchen Aufenthaltsstatus sie haben und ob sie dauerhaft oder nur temporär hier leben, haben sie das Recht auf Schutz und Sicherheit vor rassistischen Übergriffen.

Das erfordert zum einen konkrete sicherheitspolitische Maßnahmen und Instrumente, die sicherstellen, dass rassistische, rechte, antisemitische Straftaten mit allen zur Verführung stehenden Mitteln verfolgt werden. Eine Evaluation der Umsetzung der Richtlinie zur Verfolgung politisch motivierter Kriminalität ist deshalb genauso nötig, wie Maßnahmen auf polizeilicher Ebene. Es braucht die Sensibilisierung für die Belange des Opferschutzes, die Sicherstellung der polizeilichen Informationsflüsse und ein fortwährend aktualisiertes Lagebild zur Gefährdung von Geflüchtetenunterkünften und weiteren besonders gefährdeten Einrichtungen.

Als Linke wollen wir an dieser Stelle deutlich machen, dass wir nicht bereit sind, uns mit diesem Zustand abzufinden, dass wir alles tun, um Betroffene besser zu schützen. Wir haben im Landtag intensiv über die Vertreibungspläne der extremen Rechten gesprochen, die nicht neu sind, aber mit den Correctiv-Recherchen für alle sichtbar geworden sind. Rechte, rassistische, antisemitische Gewalt steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der gewaltvollen Rhetorik, die wir auch hier im Landtag seit Jahren immer wieder von der extremen Rechten hören, sie wird von ihr befeuert und sie ist genau das, was darunter zu verstehen ist, wenn Politiker der AfD wie Herr Siegmund davon sprechen, es Menschen „so unbequem wie möglich zu machen“.

Eine starke und eine notwendige Antwort auf diese Absicht und auf die alarmierende Angriffsstatistik wäre ein Bleiberecht für Betroffene rechter, rassistischer, antisemitischer, oder anderer vorurteilsmotivierten Gewalttaten. Denn es sendet entscheidende Botschaften an Betroffene und Täter: Es bietet den Betroffenen Schutz und Sicherheit nach traumatischen Gewalterfahrungen, es symbolisiert Solidarität und es bedeutet, dass die Gewaltakte nicht zum gewünschten Ergebnis führen, sondern die Betroffenen gestärkt werden.

Die Linke schlägt vor, dass der Ministerpräsident ein solches Zeichen setzt und zu einem aktuellen Austausch einlädt, um ihre Problemwahrnehmung, ihre Sicherheit, ihre aktuellen Bedürfnisse und mögliche Unterstützungsmaßnahmen in den Mittelpunkt des Interesses der Landesregierung zu stellen. Es ist den Täter:innen egal, ob die Betroffenen als Fachkraft im Krankenhaus, als Paket- oder Essenslieferanten, als Erzieherin oder Lehrerin, bei internationalen Konzernen wie Intel oder gar nicht arbeiten. Wenn es uns nicht gelingt, Rassismus zurückzudrängen und gesellschaftliche Stimmung gegenüber Zuwandernden und Migrant:innen zu verändern, dann ist das nicht nur fatal, für die Gesellschaft, in der wir leben – es wird auch jede Strategie zur Anwerbung von Fachkräften scheitern lassen.

Sachsen-Anhalt verliert bis zum Jahr 2030 ca. 300.000 Arbeitskräfte. Einen Mangel an Fachkräften spüren die Unternehmen an vielen Stellen bereits jetzt dramatisch, und auch, dass eine starke extreme Rechte, die das Leben von Menschen bedroht, damit auch die Zukunft dieses Landes bedroht, weil sie Menschen davon abhält, hierher zu kommen. Die Personalabteilungen der Unternehmen können noch so gute Werbung machen, wenn es unmöglich ist, einen Termin in der Ausländerbehörde zu bekommen, wenn alles, was die Antragsteller von dort schnell mitnehmen können Abwehr ist, wenn es nicht möglich gemacht wird, in Englisch zu kommunizieren in einer Behörde, die für Menschen da sein soll, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, dann bleibt Sachsen-Anhalt Zuweisungsland. Wir brauchen einfachere und schnellere Amtswege, den Abbau unnötiger Bürokratie und einen grundlegenden Wandel aller für Zuwanderung zuständigen Behörden hin zu Servicestellen.

Wir brauchen eine Zuwanderungs- und Bleibestrategie für Sachsen-Anhalt und wir wollen, dass die Landesregierung sie zusammen mit den Migrantenselbstorganisationen, den Fachstellen zur Beratung migrantischer Arbeitskräfte, den Arbeitgeberverbänden und der Wissenschaft entwickelt und dazu einen Willkommensgipfel initiiert.

Es ist absurd, einerseits einen Mangel an Arbeitskräften zu beklagen und aufwendige Kampagnen zu entwerfen, damit Menschen herkommen, um hier zu arbeiten und gleichzeitig Menschen, die da sind, den Zugang zum Arbeitsmarkt und zum auch dafür nötigen Spracherwerb zu verweigern. Egal, auf welchem Weg jemand nach Sachsen-Anhalt gekommen ist, alle sollen die Chance bekommen, Deutsch zu lernen und eine Arbeit aufzunehmen und darüber auch den Weg in einen dauerhaften Aufenthalt gehen können, auch wenn kein Asylgrund vorliegt.“

#Pflegefamilien

Pflegekinderwesen in Sachsen-Anhalt heute stärken

In Sachsen-Anhalt existieren 14 eigenständige Beihilfekataloge. Dies führt dazu, dass je Landkreis unterschiedliche einmalige Beihilfen und Zuschüsse den Pflegekindern und -familien zur Verfügung stehen und in unterschiedlichen Höhen ausgezahlt werden. Das sorgt für eine Ungleichstellung aller Pflegekinder im Land. Es braucht eine einheitliche Regelung, um allen Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien die gleichen Möglichkeiten und Chancen zu ermöglichen. In Sachsen-Anhalt wird die Vermittlung und Begleitung von Kindern mit Förderbedarfen in der Praxis als unzureichend eingeschätzt. Aktuell wird in allen Kommunen die Anerkennung einer sonder- oder heilpädagogischen Pflegestelle nach eigenen Richtlinien der Kommunen vollzogen. Unter anderem diese Fakten brachte eine Große Anfrage der Fraktion Die Linke zum Pflegekinderwesen in Sachsen-Anhalt zutage. Aus diesem Grund benötigt es eine landesweite Richtlinie, welche u. a. eine intensive Begleitung der Kinder gewährt, eine bessere finanzielle Unterstützung mit sich bringt und Entlastungs- sowie Fortbildungsangebote den Pflegefamilien zur Verfügung stellt. Dies fordert deshalb die Fraktion in einem Entschließungsantrag.

Monika Hohmann, die familienpolitische Sprecherin der Fraktion, unterstrich in der Aussprache im Landtag: „Einige positive Veränderungen sind seit der letzten Wahlperiode durch meine Fraktion bereits angestoßen wurden. Das Land fördert finanziell sowohl das Fachzentrum für Pflegekinderwesen Sachsen-Anhalt als auch den Landesverband für Pflege- und Adoptiveltern e. V. Es zeigt sich in Sachsen-Anhalt eine enorme Spannweite. Für Pflegeeltern und Pflegekinder ist es entweder Pech oder Glück, in welcher Region sie in Sachsen-Anhalt zu Hause sind. Wir fordern die Landesregierung erneut auf, sich für die Vereinheitlichung der Kataloge der einmaligen Beihilfen und Zuschüsse einzusetzen und hierfür Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden aufzunehmen mit dem Ziel, gleichwertige Rahmenbedingungen für Pflegeeltern und -kinder in Sachsen-Anhalt zu schaffen.

Seit 2010 stieg die Anzahl der Pflegekinder unter 18 Jahren kontinuierlich, von einst 1918 auf derzeit 2.765 Kinder. Ebenfalls ist diese Entwicklung bei den unter Dreijährigen zu beobachten. 2010 waren es 138 Kinder, die sich im Jahr 2022 auf 240 erhöhten. Obwohl die Unterbringung der 0- bis 6-jährigen bevorzugt in Pflegefamilien erfolgen sollte, damit sie in besonderem Maße von den familienähnlichen Strukturen und kontinuierlichen Bindungsangeboten profitieren können, kann diese Form nicht überall gewährleistet werden. Während im Landkreis Anhalt Bitterfeld 61,4 Prozent der unter 6-jährigen in der stationären Kinder- und Jugendhilfe aufgenommen werden, sind es im Altmarktkreis Salzwedel nur 13,5 Prozent. Deshalb setzen wir in unserem Antrag verstärkt auf die Erarbeitung einer positiven Imagekampagne zur Gewinnung von Pflegeeltern.

In unserer letzten Großen Anfrage hatten wir uns nach dem Status der Herkunftsfamilien erkundigt. Nach der damaligen Auskunft der Landkreise und der kreisfreien Städte erhalten die Herkunftseltern überwiegend Sozialleistungen, also nach SGB II (Bürgergeld) oder auch Sozialhilfe. Sie verfügen oftmals nicht über einen Schul- oder Berufsabschluss. Sie sind alleinerziehend oder leben getrennt bzw. in wechselnden Partnerschaften. Ebenfalls sind sie oft gesundheitlich beeinträchtigt bzw. psychisch erkrankt. Ihre Erziehungsfähigkeiten sind eingeschränkt. Auch im Jahr 2022 hat sich an diesem Befund nicht viel verändert. So sind von den 568 Eltern, deren Kinder bei Pflegeeltern leben, 445 im Bezug von Transferleistungen. Bei der Heimerziehung sind es von 1.821 Eltern, 1.211 im Bezug von Transferleistungen. Hier gilt es einmal mehr, dass wir nach wie vor die Hilfen und die

Unterstützung für Alleinerziehende in Sachsen-Anhalt ausbauen müssen.“ Dies fordert Die Linke in ihrem Entschließungsantrag (Drs. 8/3874).

„Wenn wir das Pflegekinderwesen in Sachsen-Anhalt verbessern wollen, müssen die Rahmenbedingungen auch auf Bundesebene reformiert werden. Dazu zählen die Gleichstellung der Pflegeeltern beim Bundeselterngeld sowie ein angemessener Beitrag zur Altersvorsorge von Pflegepersonen, damit eine Armut im Rentenalter verhindert wird“, so Monika Hohmann.

Ein Alternativantrag der Koalitionsfraktionen übernahm unsere Forderung an die Bundesebene nach einer Gleichstellung der Pflegeeltern beim Bundeselterngeld sowie für angemessene Beiträge zur Altersvorsorge von Pflegepersonen.

#Bildung

Schulnetz erhalten und bedarfsgerecht ausbauen

Vom Schuljahr 2010/11 bis zum laufenden Schuljahr 2023/24 hat sich so die Zahl der Schüler:innen um mehr als 26.000 erhöht, was einem Zuwachs von 16 v. H. entspricht. Im gleichen Zeitraum wurden ca. 130 Schulen geschlossen. Nachdem die Schulschließungen in der 7. Wahlperiode endlich weitgehend zum Erliegen gekommen waren, haben die ersten beiden Jahre der Anwendung der Schulentwicklungsplanung 2022 zu deutlichen Verwerfungen der weiterführenden Schulen mit eigener Sekundarstufe II geführt. Mehrfache Forderungen des Landesschulamtes im Zuge der Genehmigungsverfahren von Schulentwicklungsplänen der Landkreise und kreisfreien Städte, bisher bestandsfähige Gymnasien zu unmäßig großen und auf mehrere Standorte verteilten „Schulfabriken“ zu fusionieren, sind ein wesentlicher Teil der negativen Auswirkungen der neuen Verordnung. Deshalb fordert Die Linke in ihrem Antrag (Drs. 8/3873), dass die Vorgaben zur Schulentwicklungsplanung korrigiert werden und das Schulnetz erhalten und bedarfsgerecht ausgebaut wird.

Die Schäden im Schulnetz stehen in keinem Verhältnis zu der Einsparung von Personalstellen von etwa 120 bis 140 Vollzeitlehrereinheiten, was etwa 1 v. H. des Gesamtlehrkräftebedarfs des Landes entspricht. Die Forderung aus der SEPI-VO 2022, führen dazu, dass Schulneugründungen praktisch nicht mehr möglich sind und Schulträger gehindert werden, für ein regional ausgeglichenes und leistungsfähiges Bildungsangebot zu sorgen. Dies widerspricht – wie im Fall des aus diesen Gründen abgelehnten Antrages der Stadt Halle auf die Gründung einer 4. Integrierten Gesamtschule – in eklatanter Weise den Bildungsinteressen der Eltern für ihre Kinder.

Der bildungspolitische Sprecher der Fraktion, **Thomas Lippmann**, führte über die Entwicklung in der Vergangenheit aus, die zu einem massiven Schulsterben geführt habe. Die gleiche Situation drohe derzeit aufgrund der Verschärfung der Vorgaben für das Bestehen von Schulen erneut. Dies dürfe jedoch nicht weiter so gehen. Denn es gehe um ein bedarfsgerechtes öffentliches Bildungsangebot, gemäß dem Auftrag des Landes. Auch die damit verbundene Aussage, dass es um die Sicherung der Qualität gehe, sei nicht richtig, weil sich durch die immer weitere Konzentration der Schulstandorte die Bedingungen für Schüler:innen und Lehrer:innen, insbesondere durch immer längere Fahrwege und viel zu große Schulen, verschlechterten.

Der Antrag wurde in den Bildungsausschuss überwiesen.

+ + kurz berichtet + + kurz berichtet + + kurz berichtet +

Kein Vizepräsident der AfD

Auch der erneute Anlauf der Fraktion der AfD, einen Vizepräsidenten aus ihren Reihen wählen zu lassen, schlug fehl. Gordon Köhler erhielt mit 35 nicht die erforderlichen Stimmen.

#In eigener Sache

WhatsApp-Kanal der Fraktion

Wer aktuelle Informationen unserer Landtagsfraktion unkompliziert auf dem Handy erhalten möchte, kann mit dem QR-Code unseren WhatsApp-Kanal abonnieren.



Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 21. März 2024

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im März 2024 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de. Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.